

## Ein Herz für den ZOB

*Auf der Kundgebung zum Erhalt des Zentralen Omnibus-Bahnhofs (ZOB) in Lübbecke am 26. Oktober 2019 hielt Uwe Hartmeier vom Verkehrsclub Deutschland Kreis Minden-Lübbecke-Herford (VCD) und Mitglied der Bürgerinitiative pro ZOB folgende Ansprache:*

Ein Zitat aus der verkehrstechnischen Untersuchung der Bebauungspläne Westertor und Busbahnhof:

*„Aufgrund der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung, der weiteren Flexibilisierung der Arbeitswelt, von Auswirkungen der Umweltpolitik und ähnlicher Faktoren ist für den Prognosehorizont 2035 nicht von einem weiteren Anstieg des allgemeinen Verkehrsaufkommens auszugehen. Verfügbare Prognosegrundlagen weisen für die kommenden 15-20 Jahre eher einen Rückgang des allgemeinen motorisierten Individualverkehrs aus. Dies gilt insbesondere in integrierten Lagen, wo aus der verstärkten Nutzung nicht motorisierter Verkehrsmittel die größten Auswirkungen zu erwarten sind.“*

Dies ist ein wörtliches Zitat aus der verkehrstechnischen Untersuchung für die Bebauungspläne Westertor und Busbahnhof. Die Untersuchung soll belegen, dass durch den Bau des neuen Einkaufszentrums „Westertor“ sowie durch den Ersatz des Busbahnhofs durch Haltestellen am Niederwall keine verkehrlichen Probleme entstehen werden. Allerdings bezieht sich diese Untersuchung nur auf den Autoverkehr. Die Auswirkungen vor allem der Abschaffung des ZOB auf die Fahrgäste, die Radfahrer und die Linienbusse werden nicht untersucht.

Betrachten wir die zitierte Aussage der Untersuchung einmal etwas genauer:

Unter anderem wird prognostiziert, dass aufgrund von Auswirkungen der Umweltpolitik von einem Rückgang des motorisierten Individualverkehrs auszugehen sei, also vom Rückgang des Autoverkehrs. Dies wird durch die verstärkte Nutzung nicht motorisierter Verkehrsmittel erreicht.

Das bedeutet, dass davon ausgegangen wird, dass sich der Verkehr verlagern wird, hin zu einer verstärkten Nutzung umwelt- und sozial verträglicherer Verkehrsmittel. Und diese Verkehrsmittel sind nicht der Autoverkehr, sondern sind Fußgänger, Radfahrer und der ÖPNV.

Alle Welt redet vom Klimawandel. Und vom Klimaschutz. Tatsache ist, dass der Straßenverkehr der einzige Bereich ist, dessen Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid seit 1990 kontinuierlich gestiegen sind. Die Luftbelastung und damit auch die gesundheitlichen Risiken durch den Straßenverkehr sind immer höher geworden. Und das obwohl der Schadstoffausstoß pro Fahrzeug zurückgegangen ist. Aber: Es fahren immer mehr Autos immer längere Strecken auf unseren Straßen. Diese Autos stoßen nicht nur Abgase aus, sie verstopfen darüber hinaus unsere Straßen, Parkplätze, Geh- und Radwege.

Das bedeutet: sollte die Prognose der verkehrstechnischen Untersuchung für die Bebauungspläne für das Westertor Recht haben, ich wiederhole: „Verfügbare Prognosegrundlagen weisen für die kommenden 15-20 Jahre eher einen Rückgang des allgemeinen motorisierten Individualverkehrs aus“, dann geht das nur, wenn die Bedingungen für einen umwelt- und sozialverträglichen Verkehr drastisch verbessert werden. Wir brauchen dafür einen besseren öffentlichen Verkehr, bessere und mehr Buslinien zu bezahlbaren Preisen und das auch am Abend und am Wochenende. Und dafür brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur, gut ausgestattete Haltestellen und funktionierende Verknüpfungspunkte um zeitnahe Umstiege von Bus zu Bus und von Bus zu Bahn zu ermöglichen.

Doch wozu dient diese verkehrstechnische Untersuchung? Sie dient mit dazu, zu begründen, warum unser zentraler Omnibusbahnhof in Lübbecke abgerissen und durch schlecht zu erreichende Bushaltestellen am Niederwall ersetzt werden soll. Was für ein Widerspruch: auf der einen

Seite die Verlagerung auf ÖPNV, Rad- und Fußverkehr prognostizieren, auf der anderen Seite die dafür notwendigen Einrichtungen plattmachen.

Der Verkehrsclub Deutschland, für den ich ehrenamtlich tätig bin, hat in einer umfangreichen Untersuchung im Juli festgestellt, dass der Lübbecker ZOB für eine Stadt dieser Größenordnung schon etwas Besonderes ist. Barrierefrei, sicher, übersichtlich, frei von fahrenden oder parkenden Autos, gut zu erreichen, ansprechend gestaltet, kurz: ein Vorbild. Ein Vorbild, das gerade einmal sieben Jahre alt ist. 2012 wurde der ZOB für 500 000 € neu gebaut, davon Landeszuschüsse in Höhe von 400 000 €, mit dem Ziel, die Lübbecker Innenstadt besser erreichbar und damit attraktiver zu machen. Und kurze Zeit später wurden dann die Buslinien im Lübbecker Land neu geordnet. Bis dahin hatte jede Linie ihren willkürlichen Fahrplan, wollte man am ZOB umsteigen, musste man oft lange bis sehr lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Das ist vorbei. Aktuell treffen sich bis zu neun von elf Linien stündlich zur Minute ´30 am ZOB und man kann innerhalb weniger Minuten den Anschlussbus erreichen. Ungefährlich und auf kurzem Weg. Dafür sorgen die direkt nebeneinander liegenden Bussteige.

Sollte die Stadt Lübbecke ihre Pläne verwirklichen, dürfen wir als Fahrgäste zukünftig von einem Bus zum anderen den Niederwall überqueren, die Umsteigezeit wird sich zwangsläufig erhöhen. Was das für Menschen z.B. mit Rollator bedeutet, kann sich jeder vorstellen. Wir haben dann keinen ZOB mehr. Ein ZOB ist eine separate Verkehrsfläche mit Straßenanschluss. Haltestellen entlang einer Straße sind kein ZOB.

In Espelkamp sind vor einigen Jahren die stark genutzten Haltestellen an der Isenstedter Straße durch einen ZOB ersetzt worden.

Ich frage mich, warum Rat und Verwaltung unserer Stadt die Interessen der Lübbecker Bürger, die den öffentlichen Nahverkehr nutzen, so missachten. Warum soll unser ZOB ausgerechnet neuen Autoparkplätzen weichen? Für einen Autoverkehr, von dem die eigene Untersuchung sagt, dass er in den nächsten Jahren zurückgehen wird. Bürgermeister

Haberbosch hat auf der Veranstaltung am vergangenen Dienstag<sup>1</sup> gesagt, hier bei uns im ländlichen Raum steht der Autoverkehr im Vordergrund, der ÖPNV spiele keine besondere Rolle. Aber, Herr Bürgermeister, was ist mit den Menschen hier in der Stadt wie in den umliegenden Dörfern, die kein Auto haben? Was ist mit denen, die aus ihrem Verantwortungsgefühl gegenüber der Umwelt und damit unserer Zukunft kein Auto fahren wollen? Die heute bereits abends und am Wochenende abgeschnitten sind. Von Einkaufsmöglichkeiten, von kulturellen und Freizeitangeboten. Auch diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern steht die Möglichkeit der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben rechtlich zu. Und um dies zu ermöglichen, ist ein ausreichender öffentlicher Verkehr eine Verpflichtung der Daseinsvorsorge unserer Kommunen. Werden Sie dem endlich gerecht. Sorgen Sie mit einem attraktiven ÖPNV-Angebot für eine Alternative zum Autoverkehr. Nehmen Sie sich ein Beispiel an anderen Städten, die schon vor langen Jahren ein bis heute gut funktionierendes und sehr gut angenommenes Stadtbussystem verwirklicht haben. Fahren Sie in ihrem nächsten Urlaub (möglichst umweltfreundlich mit der Bahn) an den Bodensee, besuchen sie Lindau. Genau so groß wie Lübbecke, rund 25 000 Einwohner und jährlich 2,6 Millionen Fahrgäste im Stadtbus. Nein, nicht für die Touris, für die Lindauer. Deshalb für Lübbecke: Bauen Sie die Infrastruktur aus, anstatt sie zu amputieren. Für einen besseren ÖPNV werden die Kapazitäten unseres jetzigen ZOB zu klein sein. Aber dieser Busbahnhof ist ohne riesigen Aufwand ausbaubar. An seinem jetzigen Standort. Nicht mit Haltestellen am Niederwall.

Ich frage mich darüber hinaus, warum solch weit reichende Planungen wie diese, die zentrale Bereiche unserer Innenstadt und unserer Infrastruktur betreffen, hinter verschlossenen Türen verhandelt werden müssen. Haben wir nicht, wie Herr Haberbosch gestern selber festgestellt hat, mit der aktiven Bürgerbeteiligung bei der Neugestaltung des Marktplatzes gute Erfahrungen gemacht? Warum ist diese breite Bürgerbetei-

---

<sup>1</sup> Der VCD Minden-Lübbecke-Herford lud ein: „ZOB Lübbecke – vom Vorbild zum Provisorium?“. Podiumsdiskussion mit Frank Haberbosch, Bürgermeister der Stadt Lübbecke, Matthias Werneburg (CD), Heinrich Stenau (Bündnis 90/Die Grünen), Philipp Kosok (VCD Bundesverband) und Uwe Hartmeier (VCD Minden-Lübbecke-Herford), Moderation: Andreas Witt, am Dienstag, 22. Oktober 2019 im Bürgerhaus/Altes Amtsgericht Lübbecke.

ligung nicht auch bei diesem Projekt von Anfang an praktiziert worden? Weil eine private, kommerzielle Planung daran kein Interesse hat? Weil eine Bürgerbeteiligung womöglich andere Prioritäten setzen würde als die gewinnorientierte Planung eines privaten Investors? Wessen Interessen und Bedürfnisse sollten denn bei einer Stadtplanung im Vordergrund stehen?

Wenn Herr Holle gestern auf einen Weg des Dialogs hofft und Herr Harberbosch versichert, die Kritik würde nicht einfach abgetan, dann sind wir gerne bereit, diesen Dialog zu führen. Unsere Fragen sind Ihnen zugegangen, lassen Sie uns darüber diskutieren.

Die Erhaltung des ZOB ist eine zwingende Voraussetzung für eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs und damit eine zwingende Voraussetzung für eine gelingende Verkehrswende. Diese fängt nicht in Berlin oder Düsseldorf an. Diese müssen wir hier vor Ort, hier und heute anfangen. Das ist die Herausforderung, aber auch die Pflicht, vor der unsere Kommunalpolitik aber auch jeder einzelne von uns steht. Lassen Sie uns gemeinsam damit anfangen. Der Erhalt des ZOB an seinem jetzigen Ort ist der erste wichtige Schritt. Deshalb: Ein Herz für den ZOB und damit ein Herz für Lübbecke. Dann stehen wir auf der richtigen Seite.